

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – ZEITUNG FÜR DIE SCHWEIZ

Mittwoch, 9. Oktober 2013 · Nr. 234 · 234. Jg.

gegründet 1780

www.nzz.ch · Fr. 4.20 · € 3.60



FRANCESCO ZIZOLA / NOOR / KEYSTONE

In Brasilien dreht sich alles um das Äussere

Würden Sie einen Viertel Ihrer Intelligenz opfern, um einen Viertel schöner zu sein? Dazu sagte in einer Umfrage jede siebte junge Brasilianerin Ja. Latinas sind zu vielem bereit, wenn es um ihr Aussehen geht. Das erklärt auch, warum sich in dem südamerikanischen Land so viele Frauen unters Messer legen. Nicht alle streben aber nach dem gleichen Schönheitsideal.

International, Seite 7

Warten auf Überfahrt nach Europa

Migrationsdruck aus Nordafrika

zas. · Die Innenminister der Europäischen Union haben am Dienstag um eine Antwort auf das Bootsunglück von Lampedusa gerungen. Konkrete Beschlüsse fielen sie nicht, doch soll eine verstärkte Operation der europäischen Grenzbehörde Frontex geprüft werden. Denn die Tragödie von vergangener Woche dürfte nicht die letzte gewesen sein. Zehntausende von Migranten warten in Libyen auf eine Gelegenheit für die Überfahrt nach Europa. Die Zahlen der Überfahrten von Libyen nach Italien liegen laut Frontex ähnlich hoch wie vor zwei Jahren, als Libyer und Tunesier den Wirren in ihren Ländern ausgewichen waren. Heute nehmen vor allem Kriegsflüchtlinge aus Syrien und Migranten aus Eritrea die risikoreiche Reise auf sich.

International, Seite 3

Traditionsparteien unter Druck

Bilanz der kantonalen Wahlen

msc. · Am letzten Sonntag wählten die Genfer ein neues Parlament. Damit sind zur Halbzeit der laufenden Legislaturperiode 2011 bis 2015 in 13 Kantonen die Parlamente neu bestellt. Die Bilanz der kantonalen Wahlen zeigt, dass schweizweit die traditionellen bürgerlichen Parteien unter Druck sind. Seit Anfang der 1990er Jahre haben FDP wie auch CVP rund einen Drittel ihrer Sitze in den Kantonsparlamenten eingebüsst. Ihnen ist in den letzten Jahren mit den Grünliberalen und der BDP eine erstzunehmende Konkurrenz erwachsen. Während sich die weiterhin ohne Programm segelnde GLP in der Tagespolitik zwischen grün und liberal durchwurstelt, ringt die BDP trotz Programm um Themen und Profil.

Schweiz, Seite 12, 13

Der Währungsfonds wird optimistischer

Lage in der Euro-Zone fragil

Mue. · Beim Internationalen Währungsfonds (IMF) wächst der Optimismus, dass die Weltwirtschaft das Grösste hinter sich hat. Die Zeichen stünden im kommenden Jahr auf Erholung, heisst es im «World Economic Outlook», den der IMF am Dienstag präsentierte. Sorgen bereitet den Ökonomen die noch fragile Lage in der Euro-Zone. Für das laufende Jahr rechnet die Organisation mit einem Wachstum der Weltwirtschaft in Höhe von 3 Prozent, im nächsten Jahr könnte es 3,6 Prozent betragen. Auch für die Schweiz bleibt der IMF zuversichtlich, wenn auch nicht ganz so wie die hiesigen Forschungsinstitute. Die Washingtoner Volkswirte prognostizieren, dass die Schweiz 2014 mit 1,8 Prozent wachsen werde.

Wirtschaft, Seite 25

Tempoverlust für Freihändler

Rivalisierende Entwürfe am Apec-Gipfel auf Bali

Die von den USA angeführten Verhandlungen für einen transpazifischen Wirtschaftsvertrag kommen weniger schnell voran als erhofft. China favorisiert eine alternative Handelsinitiative.

kam. Singapur · Der amerikanische Handelsbeauftragte Michael Froman hat am Dienstag davor gewarnt, man laufe Gefahr, den Verhandlungsfahrplan für ein kontinentübergreifendes Handelsabkommen (Trans-Pacific Partnership, TPP) nicht einzuhalten. Die von den USA angeführte Staatengruppe (Japan, Vietnam, Malaysia, Singapur, Brunei, Kanada, Mexiko, Chile, Peru, Australien und Neuseeland) strebt einen Wirtschaftsvertrag an, der sich nicht auf den Abbau von Zöllen beschränkt, sondern hohe Standards bezüglich Rechten geistigen Eigentums, Investitions-, Umwelt- und Arbeiterschutz setzen soll.

Amerikanisches Rumpfteam

An den Gesprächen, die am Rande des Gipfels der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftskooperation (Apec) auf der indonesischen Insel Bali stattfanden, beteiligten sich die Staats- und Regierungschefs. Der amerikanische Präsident Barack Obama liess sich von Ausserminister John Kerry vertreten. Dieser warb für einen zügigen Abschluss der Verhandlungen.

Froman, der wegen des Budgetstreits in Washington mit einem Rumpfteam nach Bali gereist war, konstatierte zwar wesentliche Fortschritte. Doch müssten noch «einige» Differenzen ausgeräumt werden. In der ersten Fassung der Schlusserklärung war laut der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo von einer «Einigung in den substanziellen Punkten» die Rede gewesen. Doch entsprang diese Formulierung wohl eher einem Wunsdenken als der Realität. Unter den zwölf TPP-Mitstreitern bevorzugten einige Länder offenkundig eine vorsichtigeren Wortwahl. Das Ziel, das vor drei Jahren begonnene Freihandelsprojekt bis Ende Jahr unter Dach und Fach zu bringen, wurde aber nicht aufgegeben. Die US-Delegation verwies auf die Möglichkeit, anlässlich der Ministerkonferenz der Welthan-

delsorganisation (WTO) von Anfang Dezember erneut auf hoher politischer Ebene zusammenzukommen.

Wie aus diplomatischen Kreisen verlautete, konnte bis anhin rund die Hälfte der 29 Verhandlungskapitel bereinigt werden; einige weitere Dossiers sollen in der Endrunde stecken. Der amerikanische Handelsbeauftragte verwies auf Differenzen bei den Themen geistige Eigentumsrechte, Staatsunternehmen sowie Arbeits- und Umweltstandards. Die USA drängen darauf, Staatsunternehmen klaren Regeln zu unterwerfen, damit ausländische Wettbewerber nicht benachteiligt werden. Im Visier sind neben dem kommunistischen Vietnam auch Malaysia und Brunei. Zu Kontroversen führt auch ein Streitschlichtungsverfahren, das es Unternehmen erlauben soll, Staaten wegen als unfair erachteter Handelspraktiken zu verklagen. Zudem wird um Ausnahmen für Agrargüter gefeilscht.

Strategische Rivalitäten

Obwohl die TPP-Länder zum Kreis der 21 Apec-Staaten gehören, begegnen China und Indonesien dem ambitionierten Freihandelsprojekt, das laut seinen Verfechtern einen neuen «Goldstandard» setzen wird, mit Skepsis. Die grösste Volkswirtschaft Südostasiens scheint einen Bedeutungsverlust der Apec zu befürchten. Der chinesische Präsident Xi Jinping sagte derweil, sein Land unterstütze eine Wirtschaftskooperation, die allen Parteien nütze. Er spielte damit auf Befürchtungen an, wonach die TPP die Industrieländer bevorzugen würde. Die staatliche Zeitung «China Daily» geisselte das angestrebte Abkommen als Versuch Amerikas, die Wirtschaft im asiatisch-pazifischen Raum zu dominieren.

Peking und Jakarta fokussieren sich auf ein regionales Freihandelsnetz, das zwischen dem südostasiatischen Staatenbund (Asean) und sechs bedeutenden Handelspartnern (Australien, China, Indien, Japan, Südkorea und Neuseeland) geknüpft wird. Der ambitionierte Zeitplan sieht vor, die 2012 in Angriff genommenen Verhandlungen bis 2015 abzuschliessen. Prominente Abwesende sind die USA.

International, Seite 6
Meinung & Debatte, Seite 23

WETTER

Hochnebel, stellenweise sonnig

Im Norden Hochnebel, Obergrenze bei 1800 bis 2300 Metern, im Tagesverlauf nur stellenweise Auflockerung. Darüber und in den übrigen Regionen trotz Wolken teilweise sonnig. Temperaturen um 14 Grad. Im Süden bei Bewölkung teilweise sonnig. Am Nachmittag im Engadin Schauer möglich.

Seite 56

BÖRSE

Dow Jones	14776,53	▲	-1,07%
SMI	7828,24	▲	-0,76%
Euro in Franken	1,2272	▲	0,03%
Erdöl (WTI in \$)	103,53	▲	0,31%

Seite 35

INTERNATIONAL

Die Sphinx am Rhein gegen Angela Merkel

Seite 5

SCHWEIZ

Eine kleine Geschichte der Verkehrsabgabe

Seite 9

ZÜRICH UND REGION

Mit deutschen Brezeln an die Heimat erinnern

Seite 15

MEINUNG & DEBATTE

Die Cüpli-Stimmung im Oberengadin ist vorbei

Seite 23

PANORAMA

Nobelpreis für Erklärung der Teilchenmassen

Seite 24

WIRTSCHAFT

Erwachsene als digitale Analphabeten

Seite 27

FOKUS DER WIRTSCHAFT

Karrierefrau ist nicht gleich Rabenmutter

Seite 33

SPORT

Albanien Fussballidol hat Schweizer Wurzeln

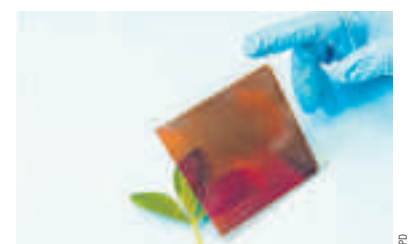
Seite 47

FEUILLETON

Die Weltliteratur lebt vom Nichtwissen

Seite 49

Effiziente Solarzellen



Solarzellen aus Silizium haben in der Photovoltaik-Branche eine dominierende Stellung. Sie sind effizient und werden immer billiger. Zu den Herausforderern zählen neuerdings auch Perowskit-Solarzellen. In nur vier Jahren hat sich die Effizienz dieser billigen Solarzellen nahezu vervierfacht.

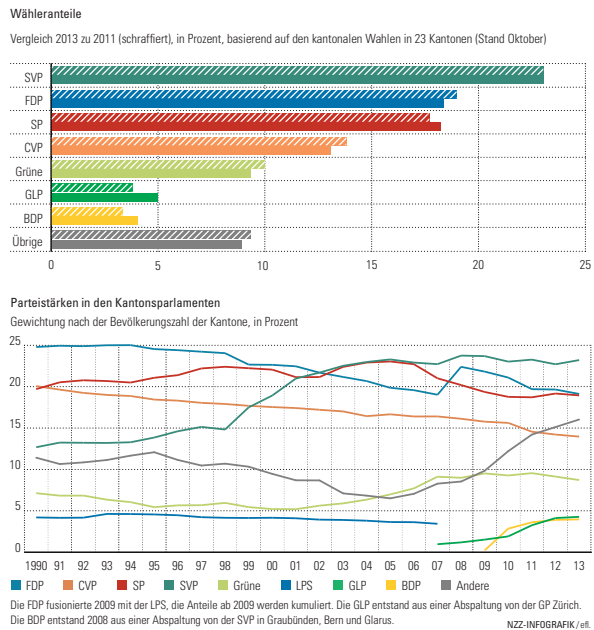
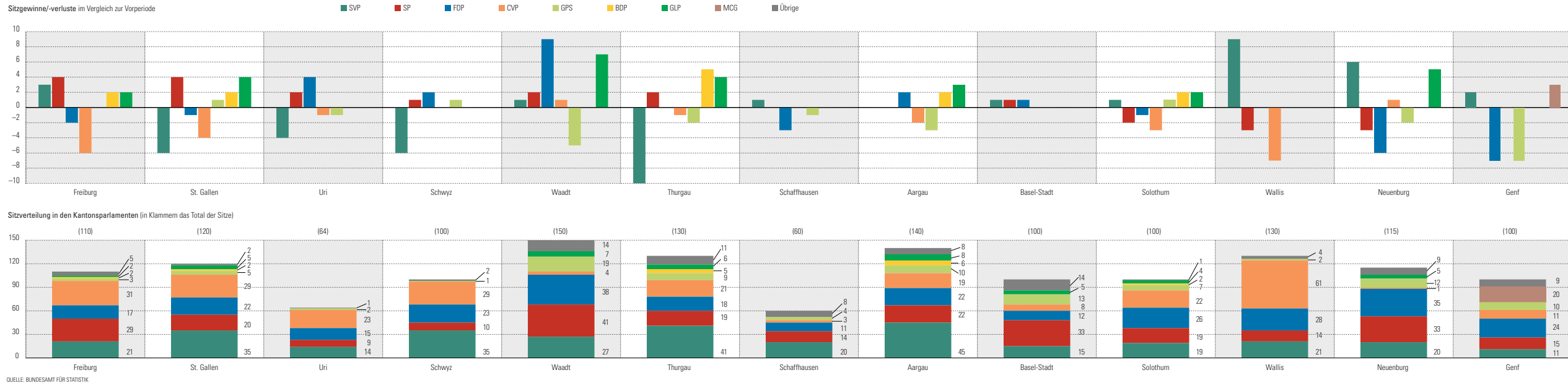
Forschung und Technik, Seite 60



Sportresultate 46 TV/Radio 55 Immobilien 16 Anlagefonds 43 Veranstaltungen 52 Kino 54 Fahrzeuge 54 Trauer 18

Redaktion und Verlag: Neue Zürcher Zeitung, Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich, Telefon +41 44 258 11 11, Leserservice/Abonnements: +41 44 258 15 30, weitere Angaben im Impressum Seite 53.

Kantonale Parlamentswahlen in der ersten Legislaturhälfte 2011 bis 2015



BDP – nur gekommen, um zu regieren?

Die Bürgerlich-Demokratische Partei ringt um Themen und Etablierung

Fünf Jahre nach der Gründung ist nicht restlos klar, wo sich die BDP einordnet. Zunächst wurde sie als die «anständige SVP» bezeichnet. Unterdessen hat sich die Partei weit von Positionen der SVP entfernt. Sie erinnert an die früheren Demokraten.

Michael Schoenenberger

Was andere erdauern müssen oder nie erhalten, das hatte die Bürgerlich-Demokratische Partei schon ganz am Anfang: Einsitz im Bundesrat. Die Regierungsbeteiligung ist Stärke und Achillesferse der BDP zugleich. Sie garantiert Publicity, Einfluss und Teilhabe an der Macht, führt die Kleinpartei aber auch in eine gefährliche Abhängigkeit von ihrem Exekutivmandat – zumal die BDP erst aus der Regierungsbeteiligung heraus geboren wurde. So wird die weitere Geschichte zeigen, ob der markige Parteislogan «gekommen, um zu bleiben» nicht treffender «gekommen, um zu regieren» zu lauten hätte.

Als die BDP vor fünf Jahren in Glarus aus der Taufe gehoben wurde, rechnete kaum jemand mit dem ansehnlichen Erfolg bei den nationalen Wahlen 2011. Auf gute 5,4 Prozent kletterte der Wähleranteil. Was noch immer bescheiden im Vergleich zu Mitstreitern war und nicht zur Regierungsbeteiligung legitimierte, fand in der analytischen Hast schon am Wahltag den geeigneten Stempel: Der Rede vom «Wahlsieger» war geboren. In der Folge traten die BDP-Politiker, besonders der seit Mai 2012 amtierende Parteipräsident Martin Landolt, denn auch als selbstsichere Siegertypen auf.

Profil noch mangelhaft

Das Parteiprogramm lag zwar bereits am Gründungstag 2008 vor, trotzdem war die BDP jene Partei, die von den Wählerinnen und Wählern gemäss der Selects-Wahlumfrage von 2011 mit keinem Thema richtig identifiziert wurde. Es war seither das sichtbare Bemühen der Parteispitze, an Profil zu gewinnen und die grosse Abhängigkeit von der eigenen Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf zu reduzieren. In enger Absprache mit der BDP-Finanzministerin steckte der Parteipräsident in der Finanz- und Steuerpolitik für eine bürgerliche Partei ungewohnte Positionen ab. Landolt provozierte mit Kurswechseln bei Bankkundengeheimnis, Privatsphäre und automatischem Informationsaustausch. So kam die BDP einerseits der Linken entgegen, auf deren

Stimmen Widmer-Schlumpf auf Gedeih und Verderben angewiesen ist. Andererseits entdeckte die BDP offenbar – bedenkt man die positive Entwicklung in den kantonalen Wahlen – eine «bürgerliche Marktücke». Sie spricht «Citoyens» an, die eher dem Etatismus zu-neigen und keine Berührungspunkte mit dem Steuerstaat kennen. Eine weitere inhaltliche Profilierung ist in der Energiepolitik gelungen, auch dank der CVP. Hier trägt die BDP den Atomanstieg einmütig mit, obwohl in ihren eigenen Reihen prominente frühere AKW-Befürworter sitzen. In beiden Bereichen haben die ehemaligen SVP-Politiker seit ihrem Rauswurf aus der SVP einen weiten Weg vom rechten Rand zur Mitte und darüber hinaus zurückgelegt. In der Summe politisiert die BDP-Bundesauftraktion in der Mitte, wobei sie – wie die CVP – einmal mit der Linken, einmal mit rechts Koalitionen einget. Über die beiden erwähnten Bereiche hinaus schaffte es die BDP in der ersten Hälfte der Legislatur indes nicht, ihr Profil zu schärfen.

Angriff auf FDP-Liberale

Jenes Thema, das die zweite Hälfte der Legislatur, spätestens aber das Wahljahr prägen wird, hat Landolt eigenützig bereits angerissen: Die Vertretung der Parteien in der Landesregierung. Der offenbaren gern provozierende Parteipräsident dachte schon Mitte des laufenden Jahres, nicht zum ersten Mal, diesmal aber laut, über eine neue Konkordanz nach. SVP und FDP-Liberale sollten zusammen zwar weiter drei Sitze halten, aber der zweite Sitz gehöre der SVP, nicht der FDP, meinte er. Ginge man von zwei Sitzen aus, die der Linken zustünden, würden die übrigen zwei Sitze an die Mitteparteien gehen.

Während Freisinnige in Landolt sofort den «Totengräber der Konkordanz» erblickten, wurde diesem von der SP sekundiert, die meinte, es sei legitim, die Doppelvertretung der FDP zu thematisieren. CVP-Chef Christophe Darbellay gab zu Protokoll, man wolle eine Bundesrätin, die gute Arbeit leiste, nicht abwehnen. Bließen die Mehrheitsverhältnisse gleich, wäre demnach die Wiederwahl Widmer-Schlumpfs gesichert. Der verfrühte Angriff passt in eine offensichtlich abgesprochene Strategie.

Während das Geschirr zwischen FDP und BDP zerschlagen ist, ist die schon lange debattierte Kooperation mit der CVP zwar mittlerweile vertieft worden, materiell aber noch nicht entscheidend weitergekommen. Immerhin zeigte die CVP bei den Beratungen zu «Lex USA», dass sie es mit der Unterstützung der BDP-Bundesrätin ernst nimmt.

Dies war ein erster, wichtiger Prüfstein dieser Legislatur, der den Grad der Annäherung beider Parteien gezeigt hat.

Lebendiges Genmaterial

Nebst dem Wirken von Bundesauftraktion und Parteispitze haben die BDP-Leute Fleissarbeit in den Kantonen geleistet. Es gibt mittlerweile 17 Kantonssektionen, die BDP zählt 7000 Mitglieder. Allerdings präsentiert sich die Lage in den Kantonen unterschiedlich. Die Westschweiz entpuppt sich als sehr hartes Pflaster: Die BDP hat dort, zutreffend sicherlich, ein alemannisches und reformiert-ländliches Image. In der Waadt, in Neuenburg und in Genf bleibt die BDP praktisch inexistent, ebenso im katholischen Wallis. In Freiburg resultierten zwei Sitze im kantonalen Parlament, ebenso viele gab es in den Kantonen St. Gallen und Solothurn. Besser schnitt die BDP in den Kantonen Thurgau und Aargau ab, wo es traditionell eine gemässigte bäuerliche und gewerbliche Wählerschaft gibt.

Die Positionierung der BDP in Sachfragen, ihre im Vergleich zu SVP oder FDP kleineren Berührungspunkte mit der Linken und ihre Stützung in den Kantonen zeigt, wie lebendig das Genmaterial der früheren Demokraten ist, deren Glarner und Bündner Teil 1971 mit der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) zur SVP fusioniert haben. Schon früher sahen sich die Demokraten als Brückenbauer zwischen der Linken und anderen bürgerlichen Kreisen. Was als Abspaltung von der SVP begann, nimmt nun immer stärker Referenz an der Politik früherer Tage.

WAS DIE «NEUE MITTE» IST UND WAS SIE WILL – SECHS FRAGEN AN BDP-PRÄSIDENT MARTIN LANDOLT UND GLP-PRÄSIDENT MARTIN BÄUMLE

Ihre Partei wird der «neuen Mitte» zugeordnet. Was ist neu an dieser Mitte?



Landolt: Wir haben primär die Mitte gestärkt, nicht nur einfach erneuert. Neu ist, dass mit uns die Mitte auch für eine progressive junge Generation wieder attraktiv geworden ist.



Bäumle: Neu ist, dass wir sachbezogen und unverkennbar auch mit anderen Parteien Lösungen erarbeiten, diese dann mehrheitsfähig machen und auch umsetzen.

Welche andere Partei steht Ihrer Partei politisch am nächsten und warum?

Landolt: Laut Abstimmungsauswertungen haben wir mit der CVP die höchste Übereinstimmung. Nicht zufällig haben wir mit ihr ja inzwischen auch eine Kooperation auf nationaler Ebene institutionalisiert.

Bäumle: Das kommt auf das Thema an: In der Wirtschafts- und Finanzpolitik stehen uns wohl FDP, BDP und SVP am nächsten, in der Umweltpolitik GPS und SP und in gesellschaftsliberalen Fragen SP, GPS und FDP.

Die drei Sprachen der Opposition

Eine Bilanz der kantonalen Parlamentswahlen. Von Daniel Bochsler, Pascal Sciarini und Karima Bousbah

Schweizweit sind die alten bürgerlichen Parteien unter Druck. Doch so uniform dieser Protest gegen die Regierungsparteien sein mag, so unterschiedlich manifestiert er sich in den Sprachregionen.

Die Genfer Wahlen haben das stetige Bröckeln der alten bürgerlichen Parteien bestätigt und liegen damit im gesamtschweizerischen Trend. Dies zeigt die Analyse der kantonalen Wahlen zur Halbzeit der derzeitigen Legislaturperiode der eidgenössischen Räte. Zwischen November 2011 (Freiburg) und dem vergangenen Wochenende (Genf) haben exakt 13 Kantone ihre Parlamente neu bestell.

Die beiden historischen Parteien des bürgerlichen Lagers, FDP und CVP, verkörpern Kontinuität und Regierungsverantwortung. Doch schweizweit weht ein Wind der Erneuerung durch die Kantonsparlamente, und damit setzt sich auch die langsame Erosion der Altparteien fort. Seit Anfang der 1990er Jahre haben sowohl die FDP als auch die CVP rund einen Drittel ihrer Vertretung in den Kantonsparlamenten eingebüsst. Und allein in den letzten zwei Jahren haben sie in kantonalen Wahlen wiederum rund 0,6 Prozent Wähler- und Sitzeanteile verloren. Beide Parteien schneiden in kantonalen Wahlen besser ab als in den Nationalratswahlen, aber der langfristige Trend verläuft in nation-

alen und kantonalen Wahlen parallel. Während die CVP ihre Wählerschaft in den katholischen Kantonen nicht halten kann – besonders deutlich verlor sie in Freiburg und im Wallis –, verlieren die FDP-Liberalen in drei traditionell freisinnig-liberalen Kantonen der Romandie massiv: in der Waadt (–4,8 Prozent), in Neuenburg (–4,5) und in Genf (–3,9). Jetzt wird in der Partei über die Fusion gehandelt; doch in den wenigen Wahlbezirken, wo FDP und Liberale weiterhin getrennt antreten, sieht die Bilanz nicht besser aus.

Sanfte Töne hier ...

Der Trend gegen die alten Regierungsparteien ist landesweit der gleiche, doch die Opposition ist in den drei Sprachgebieten jeweils eine andere.

Die Deutschschweizer Wähler drücken ihren Wunsch nach Erneuerung in sanften Tönen aus. So stärkten sie Grünliberale und BDP, zwei eher konsensorientierte Parteien. Allein in den letzten zwei Jahren konnten die Grünliberalen um 1,2 Wählerprozente zulegen. Doch der Zuwachs der beiden Parteien bleibt eng begrenzt. Erstmals liegen uns jetzt detaillierte Wähleranteile für alle Proporzkantone vor, und sie zeigen, dass die Grünliberalen auf eine enge Nische begrenzt bleiben. Nur in Zürich erreichen sie 10 Prozent der Stimmen, doch in allen anderen Mittellandkantonen stagnieren sie bei der 5-Prozent-Marke. Die BDP konnte zwar in Bern und in Glarus die FDP deplacieren und

erreichte dort einen stolzen Wähleranteil von jeweils rund 16 Prozent. Doch die meisten BDP-Wähler stammen weiterhin aus den beiden Kantonen sowie Graubünden, also dorthin, wo sie sich von der SVP abgespalten hat. Zwar ist die BDP in den ländlicheren Gebieten des Mittellandes inzwischen fast flächendeckend präsent, aber sie erreicht ausserhalb ihrer drei Ursprungskantone nur wenige Wählerprozente. In der Westschweiz und im Tessin, aber auch in den katholischen Gebieten der Deutschschweiz bleibt die BDP marginal.

... lauter Protest dort

In der Romandie hat sich die BDP mit eigenen oder überparteilichen Listen seit 2011 an vier von fünf kantonalen Wahlen beteiligt, aber Sitze gewonnen hat sie nur in Freiburg. Das liegt nicht nur an den hohen Prozenthürden für den Mandatsgewinn in den Westschweizer Kantonen: Gemäss unserer Schätzung erreichte die Partei in allen vier Kantonen kaum mehr als 1 Prozent der Stimmen. Die Grünliberalen sind zwar nach Neuenburg und Freiburg vorge-drungen. In Genf aber haben sie die Prozenthürde für den Sitzgewinn im Parlament deutlich verpasst, und in der Waadt verdanken sie ihre stättliche Vertretung vor allem ihrer taktisch geschickten Vorgehensweise beim Abschluss von Mischlisten.

Während in der Deutschschweiz der Aufstieg der SVP bereits in den 1990er und 2000er Jahren erfolgt ist, hat in der

Romandie das Anti-Immigrations-Lager Nachholbedarf.

Vorbei sind die Nachwehen der EWR-Abstimmung, als sich die Romands gerne als dieöffnungswilligeren und toleranteren Compatriotes darstellten. In Freiburg, Neuenburg und im Wallis ist es die SVP, welche die Altparteien das Fürchten lehrt. In Genf ist es das MCG, das politisch immer stärker ein SVP-Profil annimmt, dessen Politikstil aber eher an die Lega del Ticinesi erinnert. Letztere ist im Tessin wieder auf der Gewinnerseite und hat zuletzt in den kantonalen Wahlen 2011 den übrigen Regierungsparteien schmerzliche Verluste zuzuf.

Erstmals basiert diese Halbzeitbilanz nicht nur auf den Sitzanteilen der Parteien in den Parlamenten, sondern auch auf den Wählerstimmen. Dies wird nicht nur an den hohen Prozenthürden für den Mandatsgewinn in den Westschweizer Kantonen: Gemäss unserer Schätzung erreichte die Partei in allen vier Kantonen kaum mehr als 1 Prozent der Stimmen. Die Grünliberalen sind zwar nach Neuenburg und Freiburg vorge-drungen. In Genf aber haben sie die Prozenthürde für den Sitzgewinn im Parlament deutlich verpasst, und in der Waadt verdanken sie ihre stättliche Vertretung vor allem ihrer taktisch geschickten Vorgehensweise beim Abschluss von Mischlisten.

Während in der Deutschschweiz der Aufstieg der SVP bereits in den 1990er und 2000er Jahren erfolgt ist, hat in der

Daniel Bochsler und **Karima Bousbah** sind Politikwissenschaftler am Zentrum für Demokratie Aarau und an der Universität Zürich. **Pascal Sciarini** lehrt Politikwissenschaft an der Universität Genf.

Grünliberale – der Name ist Programm genug

Wie sich die GLP in der Tagespolitik zwischen grün und liberal durchwurstelt

Sind die Grünliberalen nun eigentlich Freisinnige im grünen Mäntelchen oder eher Grüne ohne Gewerkschaftsausweis? Vielleicht ist die GLP gerade deshalb erfolgreich, weil alles noch offen und möglich ist.

Martin Senti

Es ist zweifellos Kalkül der Parteispitze, dass die Grünliberalen auch im siebten Jahr ihres Bestehens noch immer über kein Programm verfügen. Müsstens sie eines schreiben, gäbe es wohl beim einen oder anderen Punkt Reibereien, bei der Sicherheit, in der Asylpolitik oder zu Europa. Lieber also gleitet der Parteichef Martin Bäumle selektiv über die politische Agenda und steckt hier und dort tagespolitische Positionsbezüge der GLP im Alleingang ab. Die kargen Leitlinien der Landespartei von 2007 stammen ebenfalls aus Bäumles Feder; sie wurden von seiner Zürcher Gründersktion übernommen und gelten bis heute per Vorstandsbeschluss.

Doppelt kalibriert

Nun hat Bäumle vergangene Woche eine «inhaltliche Verdichtung» in diversen Politikbereichen angekündigt. Man darf gespannt sein, wie dicht das tatsächlich werden soll. Denn trotz aller Vagheit gerät der zugleich auf «grün» und «liberal» kalibrierte GLP-Kompass jetzt schon leicht ins Trudeln, sobald es konkret wird. Das hat sich etwa beim Thema Raumplanung bzw. Zersiedel-

lung gezeigt: Während die Parteileitung im Auftrag der bürgerlichen Parteien die liberale Nein-Kampagne gegen die Zweitwohnungsinitiative zu verantworten hatte, schlossen sich diverse GLP-Kantonalparteien ungeniert den rot-grünen Befürwortern an. «Grün» und «liberal» treten häufig in Widerspruch, weil umweltpolitisch motivierte Verbote, Steuern, Abgaben und «Nudges» eben doch immer ein Weniger an individueller Wahlfreiheit bezwecken. Das ist Bäumle bewusst, und er hat für seine Partei festgelegt, dass im Zweifelsfall «grün» vor «liberal» gehe. Dass er sich selber nicht konsequent danach richtet, das kritisiert vorab die rot-grüne Konkurrenz.

Quantitative Analysen verorten die GLP-Bundesauftraktion ziemlich genau in der Mitte zwischen den Grünen und den FDP-Liberalen. Sie stimmt etwa gleich häufig in Allianz mit der GPS gegen die FDP wie umgekehrt im Schulterschluss mit der FDP gegen die Grünen. Bäumles Truppe markiert hin und wieder auch bewusst eine gewisse Distanz zu den anderen Mitteparteien, gerade in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik oder bei Migrationsfragen. 2007 und 2011 war die GLP zwar Mitglied der CVP-Fraktion, sie erhielt dadurch gewichtigere Kommissionssitze und mehr Redezeit. Als die GLP dann aber 2011 Fraktionsstärke erlangte, hat sie sich umgehend von der CVP verabschiedet. Die CVP-Spitze nehme ihnen das bis heute übel, berichten Grünliberale der ersten Stunde. Und während sich die CVP nun also leicht dippt der BDP zugewandt hat, politisieren die einstigen Grünen Bäumle und Verena Diener inzwischen schon in ihrer dritten Bundesauftraktion.

Ideologisch unbeschwert

Es sind indes nicht nur parteitaktische Spiele, welche die Differenzen innerhalb der sogenannten «neuen Mitte» ausmachen. Hinsichtlich ihres Wählerpotenzials ist die GLP als Abspaltung von den Grünen städtisch orientiert, während die BDP als Abspaltung von der SVP stärker im ländlichen Raum verankert ist. GLP-Wähler stehen zudem vielfach links: 2011 hat sich gemäss der Selects-Wahlumfrage bloss einer von zehn BDP-Wählern als eher links der Mitte eingestuft, das tat indes fast jeder zweite GLP-Wähler. Solch unterschiedliche Affinitäten lassen sich auch aus Panascherstatistiken ablesen.

Von ideologischer Unbeschwertheit zeugen ferner die vielfältigen Wahlbündnisse, welche die GLP eingeht – da wird strikt mathematisch sondiert, nicht inhaltlich. Der Erfolg gibt der jungen

Was ist Ihrer Meinung nach der wichtigsten Grund für den Erfolg Ihrer Partei?

Landolt: Wir haben gezeigt, dass auch eine sachliche und lösungsorientierte Politik gestalterische Kraft haben kann. Das braucht den Mut zum Unspektakulären, wird aber erfriechlicherweise mit Glaubwürdigkeit belohnt.

Bäumle: Aktuell gibt es eher eine sachbezogene Zusammenarbeit. Es geht um eine bessere Absprache der Mitte bei Themen, bei denen die Polparteien Lösungen gefährden (z. B. Sozialwerke oder Personenfreizügigkeit). Daran müssen wir noch mehr arbeiten.

Bäumle: Unsere konsequente Umweltpolitik, die Anreize setzt, dass die Wirtschaft auch ein ökonomisches Interesse an der Energiewende hat. Unsere Finanzpolitik, die vom Bewusstsein geprägt ist, dass man nicht mehr Geld ausgeben kann, als Einnahmen da sind. Und unsere konsequent liberale und sikulare Gesellschaftspolitik.

Welches ist Ihr Wahlziel für die eidgenössischen Wahlen 2015?

Landolt: Wir wollen 2019 die 10-Prozent-Marke überschreiten. Dazu wäre es natürlich hilfreich, 2015 mindestens die halbe Distanz bewältigt zu haben.

Bäumle: Wir streben einen Anteil von 7 bis 8 Prozent an – und eine Bundesratszusammensetzung, die sowohl den Wirtschafts- und Standort sichert als auch die Energiewende mit einer ökologischen Steuerreform.

Nachgefragt (schriftlich): se.